

Bildungsreise ins Baskenland



Ein Reisebericht, September 2019

Der folgende Beitrag berichtet von einer fünftägigen Bildungsreise der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, vom 29.09. bis 04.10.2019, mit 22 Teilnehmer/innen in den spanischen Teil des Baskenlandes. Die durchaus auch subjektiven Impressionen umfassen Beiträge einzelner Reiseteilnehmer*innen. Schwerpunkt der Reise war, das Konzept des „Munizipalismus“ kennenzulernen, mit dem die baskische Linke seit 40 Jahren Erfahrungen sammelt. Hinter diesem Konzept steht die Idee, dass lokale Selbstverwaltung und Organisation Voraussetzung für größere gesellschaftliche Veränderungen sind.

Im Zentrum der Reise standen Besuche lokaler sozialer Zentren, Genossenschaften, Frauenhäuser, einer Zeitung, Gespräche und Begegnungen mit Gewerkschaftern, linken Bürgermeister*innen und Stadträten*innen, Aktivistinnen des feministischen Streiks, Parteienvertreter*innen. Die Frage, wie Bürgerpartizipation, linke Kommunalpolitik und solidarische Ökonomie im Baskenland erfolgreich werden konnten, stand im Mittelpunkt, aber natürlich auch der Stand der baskischen Unabhängigkeitsbewegung heute.

Programm, Reiseleitung und Übersetzung lagen in den Händen des Politikwissenschaftlers Raul Zelik, der in Kooperation mit den Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung regelmäßig Reisen nach Katalonien und ins Baskenland realisiert ([„Reisend Lernen“](#)). Er hat als ausgewiesener Kenner Spaniens und des Baskenlandes im November 2019 das Buch [„Die Linke im Baskenland. Eine Einführung“](#) veröffentlicht. Jedem*r, der*die mehr erfahren will, sei dieses sachkundige, aber kurzweilig geschriebene Buch empfohlen. Dem Autor ist ein zusammenfassender Überblick gelungen, der den Blick weitet und die größeren politischen Zusammenhänge im Baskenland verständlich macht.

Zarautz

Die ersten Eindrücke: Das Baskenland ist so gar nicht mediterran, erinnert eher an Oberbayern mit Bergen, grünen Weiden, viele Wäldern. Zarautz selbst ist ein kleiner traditioneller Badeort an der Atlantikküste und internationaler Treffpunkt der Surferszene. Das Hotel: zentral gelegen mit einer lebhaften Bar zum zentralen Musika Plaza und doch nur hundert Meter zum Atlantikstrand. Natürlich kann schon am Ende des ersten Abends auch der*die Sprachkundigste Txakoli, den frischen baskischen Weißwein, bestellen und hat jede*r die an einem Spieß gereichten berühmten baskischen Pintxos probiert, die den spanischen Tapas ähnlich sind und jede Theke appetitanregend schmücken.

Vor dem Hotel am zentralen Musika Plaza ein wunderschöner alter Musikpavillon - und ein Haus mit Transparenten: „Willkommen. Touristen, denkt daran: dies ist weder Spanien noch Frankreich. Ihr seid im Baskenland.“ Darunter ein Transparent mit der Zahl 247 und der Losung: „Free them all.“ Zentrale politische Themen des Baskenlandes sind so ganz selbstverständlich an prominenter Stelle der Stadt präsent: die Unabhängigkeitsbewegung und die Forderung nach Freilassung der 247 politischen Gefangenen der ETA.

In dem Haus mit den Transparenten werden wir tagen - wenn wir nicht unterwegs sind.



Baskisches Kulturzentrum in Zarautz

Zum Abschluss der Reise werden uns in diesem Haus baskische Männer in der Tradition der Kochclubs bekochen. Noch so eine Überraschung: in allen Städten gibt es für die Nachbarnschaften große Kochclubs, voll ausgestattet mit großen Räumen, professionellen Küchen, ordentlichen Weinvorräten und das Ganze bei Kassen des Vertrauens.

Um den Musikpavillon wird am nächsten Tag eine Demonstration von Rentner*innen ziehen, die eine Erhöhung der Mindestrente fordern. Und auch wenn wir es noch nicht so genau verstehen, zeigt sich von Beginn an eine tief verankerte linke Gegenkultur, bei der Traditionspflege und Folklore kein Widerspruch zur Solidarität mit politischen Gefangenen und der Forderung nach Unabhängigkeit und sozialistischer Perspektive sind.

Der erste Eindruck: dieses kleine rebellische Land und seine Menschen haben sich schon ganz herzlich empfohlen, bevor es losgeht.

Tag 1: Crash-Kurs zur Geschichte, Parteien und Gewerkschaften

Um die „baskische Anomalie“ in den kommenden Tagen besser zu verstehen, gibt uns Raul Zelik zu Beginn einen Überblick über die spanische und baskische Geschichte seit dem 19. Jahrhundert, auf die wir hier nur knapp eingehen können. Wir verweisen deshalb noch einmal auf das einleitend bereits genannte Buch von ihm. Wichtig ist es zu wissen, dass mit der spanischen Zentralstaatsbildung eine Bewusstwerdung des Baskisch-Seins verbunden war und Gewohnheitsrechte, „fueros“, Gültigkeit hatten, die erst im Zuge der Karlistenkriege in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts abgeschafft wurden. Das Verständnis von einer baskischen Nation – für die meisten uns zunächst schwer nachvollziehbar – „Baske ist, wer Baskisch spricht“ – war anfangs konservativ-klerikal geprägt, hat sich jedoch im Laufe der Zeit und je nach politischer Richtung verändert, wobei die gemeinsame Sprache nach wie vor eine wichtige Rolle spielt. Um die heutige politische Situation zu verstehen, ist es wichtig, sich zu erinnern, dass der Spanische Bürgerkrieg, die Repression unter der Franco-Diktatur, der antifranquistische Widerstand, wovon die ETA ein wichtiger Teil war, und die jahrzehntelangen Auseinandersetzungen seit den 70er Jahren das Baskenland, insbesondere die baskische Linke, geprägt haben. Die Verfassung von 1978 garantiert dem spanischen Staat trotz weitgehender Rechte nach dem 2. Autonomiestatut von 1980 zahlreiche Interventionsmöglichkeiten in die Autonomen Gemeinschaften bis hin zur Suspendierung der Autonomierechte; die Forderung nach Selbstbestimmung wurde nicht erfüllt.

In der Abstimmung über die Verfassung am 6. Dezember 1978 hatte im Baskenland fast die Hälfte aller Stimmberechtigten mit Nein gestimmt oder sich gar nicht an der Abstimmung beteiligt. Eine Aufarbeitung der Verbrechen während der Franco-Zeit hat nicht stattgefunden, Repression und Kriminalisierung der gesamten politischen Linken mit der Doktrin „Todo es ETA“ bestimmten weiterhin den politischen Alltag. Spanien versucht, mit allen Mitteln den Zentralstaat in der jetzigen Form zu erhalten. Als eine Konsequenz fand eine Politisierung des Alltags und eine starke Präsenz

der Linken in den sozialen Bewegungen und Institutionen statt, wie wir bei unseren Begegnungen erfahren haben.

Die ökonomische Krise hat das Baskenland trotz Deindustrialisierung besser bewältigt als andere Regionen Spaniens. Gründe dafür sind lokale Industrien, Genossenschaften und ein hoher Organisationsgrad.

Noch am selben Tag hatten wir Gelegenheit, mit einem Vertreter der Partei „Sortu“ zu diskutieren. „Sortu“ wurde 2011 nach dem Gewaltverzicht von ETA als linke Unabhängigkeitspartei gegründet und ist seit 2014 Teil des Parteienverbands EH Bildu (Euskal Herria Bildu). Die Partei hat verschiedene Arbeitsfelder, u.a. die municipalistische Ebene. Grundidee dabei ist, dass Beteiligte an politischen Prozessen immer auch Akteure sind, auch ökonomische. Es geht nicht nur um basisdemokratisch legitimierte Repräsentationsprozesse. Gleichzeitig ist man sich bewusst, dass z.B. in der Industrie- und Steuerpolitik der municipalistische Ansatz nicht weit genug reicht. Als Beispiele für municipalistische Arbeitsfelder werden Bereiche genannt, wie wir sie in den folgenden Tagen kennen lernten, u.a. Lokalökonomie, Bildung, soziale Inklusion. Aktuell gibt es vier aufstrebende Bewegungen: feministischer Streik, Grundrente, die ökologische Bewegung und den Kampf gegen Autoritarismus. Längerfristig geht es um Souveränität, Zurückerlangen der politischen Kontrolle auch über ökonomische Prozesse und eine soziale Transformation. Wichtig ist es „Sortu“, Forderungen zu stellen, die man gewinnen, aber auch mit der langfristigen Strategie verbinden kann.

Bevor wir uns in einer Pause beim Spaziergang an der Strandpromenade oder barfuß im Sand, in den Cafés bei Pintxos oder wo auch immer entspannten und die vielen Informationen sich setzen konnten, lockten uns die schon erwähnten Sprechchöre der Rentner*innen ans Fenster, die um den Musikpavillon demonstrierten und ihrer Forderung nach einer Erhöhung der Mindestrente lautstark Ausdruck geben. Unser Beifallklatschen erwidern sie mit Winken.

Fabrik als Ort der Kollektivität, so könnte man das Gespräch mit vier Gewerkschaftsvertretern von LAB titulieren. LAB ist eine linkssozialistische Gewerkschaft, die EH Bildu nahesteht. Sie arbeiten in einem Industriebetrieb

mit ca. 200 Beschäftigten, und berichteten anschaulich von ihrem Ansatz. Seit der Neuorientierung der baskischen Linken werden wieder gezielt Betriebsgruppen aufgebaut. Auch hier geht es darum, alte Strukturen aufzubrechen und überhaupt wieder einen lebendigen Zusammenhalt und Transparenz unter den Kolleg*Innen herzustellen. Betriebsgruppen sind für sie wichtig, um den Ort der Fabrik als Ort der Kollektivität aufzuwerten. Bei den Verhandlungen um den Haustarifvertrag stellten sie qualitative Forderungen in den Vordergrund statt der traditionellen Prozentformel zur Lohnerhöhung. Ihre Forderungen betrafen Urlaub, Arbeitszeit, Möglichkeiten zur Frühverrentung, Freistellung, aber auch eine Quote an Kolleginnen in der Produktion. Ihnen war die Ausweitung von Rechten wichtiger, weil diese auch bei einer kommenden Krise schwieriger zu nehmen sind. Im Betriebsrat, der aus Vertreter*innen verschiedener Gewerkschaften besteht, konnten sie dafür keine Mehrheit finden. Durch eine Petition unter den Beschäftigten, zahlreiche Gespräche, Versammlungen mit Essen und regelmäßige Treffen in den Schichten konnten sie eine Mehrheit in der Belegschaft herstellen und die Verhandlungsstrategie mit den Kolleg*innen entwickeln. Die öffentliche Rückkopplung war ihnen auch wichtig als Bruch mit der Tradition des Geheimhaltens bzw. Verhandeln hinter verschlossenen Türen. Sie konnten ihre Forderungen ohne Streik durchsetzen. Das Treffen war sehr beeindruckend, auch weil die lebendige Auseinandersetzung mit linken Prinzipien im Betrieb deutlich wurde, z.B., dass die Bessergestellten für andere mitkämpfen müssen.

Tag 2: Frauenzentrum, Wohnprojekt und Kooperativen in Erreterria, Podemos

Erreterria ist eine kleine ehemalige Industriestadt von etwa 45.000 Einwohner*innen, nahe Donostia (San Sebastian), im Zuge der Industrialisierung bekannt als das „Kleine Manchester“. In den späten 60er Jahren verdreifachte sich seine Bevölkerung durch landesweiten Zuzug in die Holz- und Bergbauindustrie. Die Fabriken sind Geschichte, die Menschen blieben und ab den 2000ern zogen aus aller Welt neue Einwohner*innen hinzu. Diese vielschichtige kleine Stadt wird seit 2011 von einer Koalition des Linksbündnisses EH BILDU und PODEMOS regiert. Uns empfängt die

junge Stadträtin Itziar Ostolaza (EH BILDU), Feministin und Gleichheitsbeauftragte im nagelneuen, ansprechenden Haus der Frauen und stellt uns das Projekt vor. Dieses typische Erringintza-Projekt, an dessen inhaltlicher Konzipierung und Realisierung ca. 100 Frauen der Stadt beteiligt waren verkörpert insbesondere drei Arbeitsschwerpunkte: besagte Partizipation (Erringintza), die sich in der gemeinsamen Verwaltung des Hauses durch Stadtverwaltung und feministische Bewegungen mittels gemeinsamer Arbeitskreise fortsetzt. Empowerment: Eine Schule der Frauen nahm im Oktober die Bildungsarbeit von Frauen für Frauen auf – mehr als 160 sind bereits dort eingeschrieben. Dann gibt es noch Beratungsangebote für Frauen, die von Gewalt betroffen sind oder anderweitige Unterstützung suchen. Es gibt eine fest angestellte Sozialarbeiterin, unterstützt von einem Arbeitskreis mit Vorschlägen und Aktivitäten, um die unterschiedlichen sozialen Gruppen der Stadt mit passenden Informations- und Beratungsformaten erreichen zu können.



Vor dem Frauenzentrum in Hernani

Wie im sozialen, so setzt auch im wirtschaftlichen Leben der Stadt die regierende Koalition neue Akzente. Sie unterstützt die Ansiedlung und Entwicklung besonders solcher Betriebe, die sich nachhaltig regional verankern wollen und die Gewinn auch als gesellschaftliche und soziale Dimension betrachten. Ein mittelalterlicher schön sanierter Stadtturm, ursprünglich für ein Museum bestimmt, beherbergt nun gut ausgestattete Gründungs- und Erprobungswerkstätten für Künstler, IT-Dienstleister und Handwerker. Bis zu 5 Jahre können sie hier zu sehr günstigen Konditionen ihre Produkte aus-

tüfteln, deren serielle Herstellung und Vermarktung erproben, bevor sie dann den Absatz in das Geschäftsleben der Innenstadt vollziehen werden. Darüber hinaus können die Beteiligten in diesem Mikrokosmos unterschiedliche Gewerke und Produzent*innen sehr einfach kennenlernen, Kooperationen und Synergien praktisch testen und sich Beratungsservice holen, wenn schließlich auch eine Genossenschaftsgründung in Frage kommt. Die Stadtregierung unterstützt aktiv die möglichst genossenschaftliche Vernetzung zur Stärkung regionaler komplexerer Produktionsketten mit einer solidar-ökonomischen Ausrichtung.

Im Gespräch mit der Bürgermeisterin und zwei Vertreter*innen der Stadtregierung wird betont, dass Partizipationsprozesse auf Gemeindeebene über Versammlungen und Stadtteilräte hergestellt werden. Partizipationskanäle werden nur dort für sinnvoll erachtet, wo es Entscheidungsmacht gibt. Die Spielräume sind gering, da unter der PSOE Vorgängerregierung Schulden angehäuft wurden. Man legt Wert auf klare Verantwortlichkeiten, Rotation des Bürgermeisteramtes nach 8 Jahren (Bildu-Regelung). Uns fällt auf, dass Partizipation auch dazu beitragen soll, Gemeinschaft herzustellen, d.h. z.B. kulturelle Diversität zu stärken, Migrant*innen nicht in Ghettos abzuschieben, sondern über Wohnungsbau und –zuteilung auf Stadtteile zu verteilen. Für „Papierlose“ gibt es ein Melderegister, auf das die Polizei keinen Zugriff hat, und Gesundheitsvorsorge. „Volk sind wir zusammen“, sagt die Bürgermeisterin, Erreterria sei immer eine Einwanderungsgemeinde gewesen.

Am Nachmittag lernen wir bei einem Spaziergang durch die Stadt mit der Bürgermeisterin und zwei weiteren Vertreter*innen der Stadt das Hausprojekt für junge Menschen kennen. Da Wohnraum knapp und für viele junge Menschen zu teuer ist, gibt es oft keine Möglichkeit, aus dem Elternhaus auszuziehen. Auf Initiative junger Menschen hat der Gemeinderat von Erreterria beschlossen, ein Haus mit Wohnraum für Menschen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren einzurichten. Dieser Beschluss wurde erst vor kurzem umgesetzt. Wir sehen das Ergebnis bei einem Spaziergang mit den Vertreter*innen der Stadt, einen rot-beigen re-

novierten Wohnblock, umgeben von Grünanlagen und anderen Wohnblöcken. Das Wohnen dort ist auf max. 3 Jahre begrenzt - Miete setzt sich aus Geld plus Zeit/Ehrenamt zusammen. Zeit/Ehrenamt setzen sich aus 9 individuellen Stunden pro Monat und (gemeinschaftlichen) Gruppenprojekten – diese 4 x im Jahr - zusammen. Beispiele für ehrenamtliche individuelle Stunden sind z.B.: Gitarrenunterricht geben, Baskisch lehren, soziale oder politische Arbeit etc.. Jede Bewohner*in hat ein Zimmer (keine Paare, wie angefragt) und jeweils bis zu 4 Personen teilen sich die Gemeinschaftsräume. Für die Bewohner*innen bzw. fürs Haus gibt es 2 Betreuende. Derzeit ist das Haus noch nicht komplett vermietet (es fasst insgesamt 30 Einheiten), und es wohnen dort momentan mehr junge Frauen als junge Männer. Auch hier ist die Gemeinde an Diversität der Bewohner*innen interessiert. Diese Wohnform stellt einen großen „cambio de cultura“ dar, also einen Kulturwandel (andere links regierte Gemeinden sind stark an den Erfahrungen in Errenteria interessiert). Die „normativa“, eine Hausordnung für alle, wurde auf der ersten Vollversammlung der Bewohner*innen diskutiert und beschlossen.

Auf dem Rückweg wurden wir spontan von einer Bewohnerin eingeladen, uns ihren Stadtteiltreff mit bestens ausgestatteter Küche und Aufenthaltsraum anzuschauen, wie es sie im Baskenland in Anlehnung an die traditionellen „Kochclubs“ häufig gibt. Getränke sind immer vorhanden und werden über eine Kasse des Vertrauens abgerechnet.

In einem kleinen Büro hatten wir Gelegenheit, mit drei Vertreter*innen von Podemos, dem Koalitionspartner in der Stadtregierung, zu sprechen, dem Generalsekretär und zwei Gemeinderät*innen. Sie gehören innerhalb von Podemos unterschiedlichen Parteien an. Auf örtlicher Ebene wurde die kommunale Plattform zusammen mit Bildu entwickelt und getragen, unabhängig von Differenzen in der nationalen Frage. Podemos befürwortet die Unabhängigkeit des Baskenlandes nicht. Gemeinsam ist beiden Parteibündnissen die Arbeit mit Gruppen vor Ort und in den Arbeitskommissionen der Stadt. Für die Gemeinderatsarbeit werden Parteimitglieder freigestellt, der Lohn für zwei Stellen auf 4 Personen aufgeteilt und die Höhe begrenzt (höchstens 3

Mindestlöhne); auch sind die Verträge mit der Gemeinde befristet.

Tag 3: Besuch beim Genossenschaftsverband Mondragon in Arrasate

Mitten hinein ins Baskenland fahren wir, in das kleine 20.000 Einwohner zählende Städtchen Arrasate. Dort hat die berühmte Mondragon Corporation Cooperativa (MCC) ihren Hauptsitz, die wir besuchen wollen. In einem Vortrag des Kommunikationsdirektors erfahren wir, dass Mondragon der größte Zusammenschluss von Kooperativen im Baskenland ist und 103 Genossenschaften mit 120 Tochterunternehmen vereint. Mondragon ist bei einem Jahresumsatz von 12,2 Milliarden Euro weltweit tätig, ist das zehntgrößte Unternehmen Spaniens und erfolgreichste genossenschaftliche Unternehmen weltweit. Er betont, dass das oberste Unternehmensziel der Genossenschaften das gemeinschaftliche Wirtschaften zum Wohle aller ist, also Solidarität, und nicht Gewinnmaximierung für einige Aktionäre. Der Gewinn gehört den Mitgliedern der Genossenschaften. Jede ist übrigens in internationalen Solidaritätsprojekten engagiert.

Die Gründung von Mondragon 1956 geht auf eine außergewöhnliche, charismatische Persönlichkeit zurück, den katholischen Hilfspfarrer José Maria Arizmendiarieta. Am Bürgerkrieg nahm er auf Seiten der Republikaner als Journalist teil. Seine einfachen Leitlinien waren: Achtung der Würde des Menschen, Solidarität und Wertschätzung von Arbeit und Bildung. Zur Philosophie von Mondragon gehört auch, dass Konzepte zur Änderung der Welt in der Region beginnen und bottom-up funktionieren. Dem Mann ist ein kleines Museum im Bildungszentrum von Mondragon gewidmet.

Mondragon hat inzwischen weltweit 82.000 Beschäftigte, 63.000 arbeiten in Spanien, davon 31.000 im Baskenland. Etwa 80 Prozent der Beschäftigten sind Genossenschaftsmitglieder und damit Eigentümer*innen der Betriebe. Die Generalversammlung der MCC-Kooperativen hat eine sehr egalitäre Einkommensverteilung festgelegt: kein Manager darf mehr als sechsmal so viel verdienen wie ein einfacher Arbeiter. Zum Vergleich: Im Jahr

2013 waren die Bezüge eines DAX-Vorstandes 52-fach höher als die eines deutschen Durchschnittsverdieners.

Der Wert des Genossenschaftsverbundes erwies sich einmal mehr in der Krise, als 2008 nach dem Platzen der Finanz- und Immobilienblase auf Beschluss der 650-köpfigen Generalversammlung von Mondragon eine Fabrik zur Herstellung von Einbauküchen schließen mußte. 3200 Arbeitsplätze gingen verloren. Die durch die Pleite entstandenen finanziellen Verluste wurden von allen Kooperativen getragen, statt Massenentlassungen gab es für die Betroffenen Arbeitsplätze in anderen Betrieben des Mondragon-Verbundes. Mondragon vermittelt das Gefühl: eine andere Welt ist möglich.

Kommunale Projekte in Onati

Eine kurze Busfahrt bringt uns am Nachmittag in die 11 Kilometer entfernte Kleinstadt Onati mit 10.000 Einwohnern, wo uns vier junge Frauen - die Bürgermeisterin, ehemalige und jetzige Gemeinderätinnen - vor einem ehemaligen Kloster erwarten, das gerade zu einem Kulturzentrum umgebaut wird.

Für diese kleine Stadt, die seit 7 Jahren von dem linken Parteienbündnis EH Bildu (Baskenland versammelt) regiert wird, ist es das größte und wichtigste kommunalpolitische Projekt. Die Frauen erläutern, dass ihnen die Krise der parlamentarisch-repräsentativen Politik in Spanien eine Chance eröffnete, neue Formen einer konsequenten Bürgerpartizipation zu erproben. Ihr Ziel ist es, den gesellschaftlichen Aufbruch der sozialen Bewegungen aus den vergangenen Jahre in die kommunalen Institutionen zu tragen, ohne dabei den radikaldemokratischen Anspruch aufzugeben oder sich im Klein-Klein der Bürokratie zu verlieren.

Für das Projekt des kommunalen Kulturzentrums bedeutete dieser Anspruch, alle aktiven Gruppen, von Frauen-, Jugendlichen-, Tanz- und Gymnastikgruppen, Ballett bis hin zu Altentreffen oder 30 Bands – die jetzt im aufwendig umgebauten Keller proben, nicht nur in den Planungsprozess einzubinden und so demokratische Mitgestaltung zu ermöglichen,

sondern die tatsächliche Entscheidungs Gewalt über das Gebäude und seine Nutzung voll und ganz an die Nutzer*innen zu übergeben. Dieses radikaldemokratische Verfahren bedarf einer fortlaufenden Neujustierung, die sich an den jeweiligen Bedingungen und dem Nutzungsverhalten orientiert. Die Gemeinde sorgt für den Erhalt des Gebäudes, Wasser und Strom. Alle anderen Entscheidungen trifft die Vollversammlung der Gruppen selbst, wenn möglich im Konsens. Das klappt gut, Konflikte gibt es bisher weniger mit der Stadtverwaltung als unter den Nutzergruppen selbst.



Bürgermeisterin und Gemeinderätin und Raul Zelik vor dem Kulturzentrum in Onati.

Die Gemeinderätinnen reflektierten im Gespräch mit uns die Begrenztheit solcher auf kommunaler Ebene funktionierender Politikformen. Einer Transformation nach „oben“ auf andere Ebenen bedarf sicher noch viel Pioniergeist und sozialer Phantasie. Die reale Einbeziehung der Bevölkerung hat eine spürbar positive Eigendynamik im politischen Klima der Stadt entwickelt.

Tag 4: Umweltprojekte und sozialökonomische Projekte in Hernani

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln ging es nach Hernani, 10 km von Donosti (San Sebastian) entfernt, aber mit 20.000 Einwohnern ebenfalls eher kleinstädtisch geprägt. Hernani war immer eine linke Hochburg der ETA. Auf dem Programm stehen Besichtigungen und Treffen mit dem Bürgermeister sowie Vertretern der

Stadtregierung bei Projekten zur Umweltpolitik, zur Genossenschafts- und Beschäftigungsförderung in der Gemeinde.

Wir erfahren, dass der Kampf gegen den Bau einer - durch die Vorgängerregierung forcierten - Müllverbrennungsanlage im Zusammenspiel zwischen Stadtregierung und örtlichen Initiativen erfolgreich geführt werden konnte. Als zukunftsorientiertes System der Müllverwertung wurde ein "Tür-zu-Tür-Recycling" etabliert, das dem deutschen System getrennter Müllsammlung weitgehend ähnelt, im spanischen Staat aber bisher gänzlich unüblich und dementsprechend unbekannt war. Dies führte zunächst zu heftigen politischen Debatten um die Frage, ob denn hier eine linke Stadtregierung Bürger aus ideologischen Gründen gängeln wolle - und bedurfte großer Überzeugungsarbeit bei Versammlungen im Stadtteil. Inzwischen ist das Projekt akzeptiert, der nicht wiederverwertbare Restmüll um 80 Prozent gesenkt.

Auch in Hernani geht es darum, dass den politischen Vertretern Bürgerbeteiligung alleine nicht reicht - das Volk soll selbst entscheiden. Entgegen einer eher bürokratischen Handhabung von Bürgerbeteiligung, wie wir sie aus der BRD kennen, sind hier öffentliche Foren etabliert worden, die zu strukturellen wie kulturellen Stadtthemen Vorlagen erarbeiten, die dann von der Stadtregierung umgesetzt werden. Die linken Vertreter der Stadtregierung betonen, dass dieses Konzept nur in dem Maße mit Leben gefüllt werden könne, wie eine Stadtregierung auf bestehende Bewegungen, Initiativen und Komitees zurückgreifen kann, damit das Ganze nicht zu einer Farce wird.

Die öffentliche Auftragsvergabe hat die Stadtregierung ebenfalls als Hebel zur progressiven Veränderung des kommunalen Lebens und Wirtschaftens identifiziert. Die bei Aufträgen zu vergebenden städtischen Finanzen entsprechen immerhin denen eines großen Mittelständlers. Die Stadt hat Vergaberichtlinien entwickelt und sich verpflichtet, Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die nach dem für die Branche besten Tarifverträgen entlohnen. Dies hilft besonders Geringverdienern wie z.B. Reinigungskräften in öffentlichen

Gebäuden. Die Unternehmen müssen eine durchschaubare Gleichstellungspolitik nachweisen und nach ökologischen Standards produzieren. Bei der Vergabe von Aufträgen an öffentliche Küchen, Caterer etc müssen diese nachweisen, dass sie ihre Produkte aus der Region beziehen.

Der Besuch eines Hauses, in dem Existenzgründer Beratung, Hilfe und finanzielle Unterstützung bei der Bildung von Genossenschaften finden können, um die Etablierung einer sozialen, regionalen Ökonomie zu unterstützen, rundeten diesen Teil des Besuchsprogramms ab.

Treffen mit der Organisation „Etxerat“

Am Nachmittag wurden wir in Hernani in den Räumen von „Etxerat“, der Organisation der Angehörigen und Freunde der baskischen politischen Gefangenen, empfangen. Die 248 noch Inhaftierten werden von spanischer Seite pauschal als Terroristen betrachtet und der ETA zugerechnet. Die Organisation „Etxerat“ wurde 1991 gegründet. Der Name bedeutet übersetzt „Nach Hause“. Er ist Ziel und Programm: Nach Hause mit den politischen Gefangenen. Dabei hat dieses „Nach Hause“ viele Facetten. Zum einen wortwörtlich: Verbüßen der Haftstrafen in Heimatnähe, also zu Hause im Baskenland. Denn die spanische (und zeitweise auch die französische) Regierung verfolgt seit Ende der 80er Jahre gegenüber den baskischen politischen Gefangenen die Politik, sie in möglichst weit vom Heimatort entfernte Gefängnisse zu verlegen, um sie persönlich zu brechen, von ihrem sozialen Umfeld zu isolieren und die Familienangehörigen durch überlange Anreisen zusätzlich zu bestrafen - obwohl spanische Gesetze eine heimatnahe Strafverbüßung vorsehen. Manche Familien müssen mit Hin- und Rückweg bis zu 2000 km fahren, um ihre Angehörigen dann für 40 Minuten am Wochenende sehen zu können. Diese Reisen sind eine starke zusätzliche zeitliche und finanzielle Belastung der Familien. Und Dutzende sind in den letzten drei Jahrzehnten auf dem Weg zum Besuch der politischen Gefangenen schon bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommen.

Zum anderen sind damit viele andere Dinge gemeint, die nach dem Ende des bewaffneten Konfliktes friedliche Wege der Konfliktlösung unterstützen und das auf Rache ausgelegte Gefängnisregime humanisieren würden. Gemeint sind etwa die medizinische Betreuung und Entlassung schwer kranker und todkranker Häftlinge, kein Ausreizen der Höchststrafen mehr bei Bagatelldelikten, wo selbst Jugendliche nach einer Kneipenschlägerei für viele Jahre hinter Gitter wandern oder zu 22 Jahre Haft für das Anzünden eines Autos verurteilt werden, keine Ausdehnung des Begriffes Terrorismus über die Anwendung oder Androhung von Gewalt hinaus auf politische und kulturelle Aktivitäten, die jede*n bedrohen, der*die sich in der Unabhängigkeitsbewegung engagiert. Keine Anwendung mehr der Sondergesetze der sogenannten Doktrin Parot, die eine nachträgliche Haftverlängerung durch Neuberechnung der Strafe ermöglicht (und die Europäische Menschenrechtscharta verletzt). Das Ziel dieser Gefangenenpolitik, die Gefangenen und ihre Familien zu zermürben, die Solidarität zu untergraben, ist nicht aufgegangen. Die spanische Zentralregierung hat auch an diesem Punkt die Mobilisierungs- und Organisationsfähigkeit der baskischen Gesellschaft unterschätzt. Jahr für Jahr im Januar gibt es große Demonstrationen gegen diese Gefängnispolitik, Solidaritätskomitees bildeten sich. Eine der Gegenmaßnahmen ist, dass jede*r Gefangene aus der Nachbarschaft, aus dem Stadtteil heraus besucht wird, falls die Familie nicht kann. Selbst Verbände der ETA-Opfer fordern inzwischen, dass die Familien der ETA-Gefangenen nicht mit bestraft werden dürfen und suchen den Weg der Versöhnung – wie er in z.B. Irland und Südafrika mit den Wahrheitskommissionen gegangen wurde. Eines der Ziele von „Etxarat“ ist es auch, zu einem solchen Friedensprozess einen Beitrag zu leisten. Die französische Regierung hat ihre Haltung den Gefangenen gegenüber inzwischen geändert, doch die spanische Zentralregierung bleibt bisher bei ihrer harten Haltung, wie sie sie inzwischen ähnlich auch im Katalonien-Konflikt verfolgt.

Tag 5: Tageszeitung „GARA“ , Stadtrundgang und feministischer Streik in Donosti

Am Freitagvormittag treffen wir den Chefredakteur der Tageszeitung „GARA“ („Wir

sind“), Iñaki Soto, in den Räumen der Zeitung in Donosti/ San Sebastián.

„GARA“ hat mit ganz besonderen ökonomischen Schwierigkeiten zu kämpfen, die Teil des Kampfes des spanischen Staates gegen die baskische Unabhängigkeitsbewegung sind. Zum Hintergrund: Im Jahr 1998 wurde die baskische linke Tageszeitung „EGIN“ wegen zu großer Nähe zur baskischen Unabhängigkeitsbewegung ETA verboten, Technik und Gebäude beschlagnahmt, das Archiv verwüstet. Bei Verbot hatte die Zeitung noch 3 Millionen Euro Schulden bei der Sozialversicherung. Es gelingt ein Jahr später, mit „GARA“ erneut eine linke Tageszeitung, die der baskischen Unabhängigkeitsbewegung nahesteht, zu gründen. Geld wird über tausende von Anteilseignern eingesammelt, neue Räume und Maschinen werden gekauft, eine neue Redaktion zusammengestellt. Maschinen und Gebäude der alten Tageszeitung „EGIN“ bleiben beschlagnahmt und verfallen, sind heute wertlos. Aber ein Gericht hat entschieden, dass „GARA“ die 3 Millionen Schulden der alten Firma jetzt innerhalb von 3 Jahren zahlen muss, weil es der „ideologische Nachfolger“ der alten Zeitung wäre. Unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten eine unhaltbare Konstruktion von Gesinnungsjustiz mit dem Ziel, die Zeitung in die Pleite zu treiben und die Unabhängigkeitsbewegung zu schwächen. Die Zahlung pro Jahr ist doppelt so hoch wie die Ausgaben für Löhne und Gehälter. Es ist offen, ob die Zeitung das überlebt. „GARA“ erscheint mehrsprachig (Baskisch/Spanisch/Französisch) in verschiedenen Formaten, die gedruckte Auflage der Zeitung erreicht in etwa 100.000 Leser*innen, damit ist sie eine der größten linken Tageszeitungen in Europa und die drittgrößte des Baskenlandes. Insgesamt arbeiten 120 Mitarbeiter*innen an der Erstellung der verschiedenen Formate. Darüber hinaus ist auch „GARA“ von der anhaltenden Krise der Zeitungslandschaft betroffen, hat hier aber den Vorteil einer bereits bestehenden, sehr aktiven und jungen Community. Nach Aussage ihres Chefredakteurs hat es die Zeitung geschafft, dass „auch junge Menschen bereit sind, für Nachrichten zu zahlen.“ Was den Vertrieb betrifft, setzt die Zeitung verstärkt auf das bestehende Netz an Zeitungskiosken, auch für die Zustellung der Abonnements. Auch online wird Neues ver-

sucht und vermehrt auf Video- und Audioformate gesetzt, flankiert von einer, nach langjährigen Auseinandersetzungen, kürzlich genehmigten Radiolizenz.

Nachmittag: Stadtrundgang Donosti / San Sebastián

Bei einem zweistündigen Stadtrundgang durch die Altstadt von Donosti legte der Historiker Inaki Egana besondere Schwerpunkte auf die Geschichte des spanischen Bürgerkriegs und des baskischen Konflikts. Wir begannen die Führung an einem Denkmal für die Opfer des Franquismus, das sich gegenüber vom alten Fischereihafen befindet und an eine rostige, von Kugeln durchsiebte Stadtkarte erinnert.

Von dieser Stelle aus ließen sich gleich mehrere Epochen der Stadtgeschichte erklären: Die frühe Besiedlung (lange Zeit bestand die Stadt nur aus ihrem Fischerhafen), die Aufwertung der Stadt durch den europäischen Adel (auf der anderen Seite der Bucht befindet sich der Sommerpalast des Königs), und der Widerstand gegen Krone und Franquismus (direkt neben dem Denkmal liegt der ehemalige Sitz des Militärgouverneurs, auf den die ETA bis in die 2000er Jahre immer wieder Anschläge verübte).

Bei dem anschließenden Rundgang durch die mittlerweile sehr von Franchise-Geschäften dominierte Altstadt berichtete Inaki Egana über die Veränderung der Stadt durch Massentourismus und Immobilienspekulation. Wir besuchten die letzte alternative Kneipenzeile und erfuhren etwas über die Fluchtgeschichte von Nazi-Funktionären, die von der Franco-Regierung nach 1945 in San Sebastián versteckt wurden und teilweise bis zu ihrem Tod um die Jahrtausendwende (also auch nach dem Ende der Diktatur) unbehelligt in Spanien leben konnten, weil sie vom Geheimdienst gedeckt wurden.

Der Nieselregen führte schließlich dazu, dass wir im Vorhof einer Kirche Unterschlupf suchen mussten und die Führung mit einem Gespräch über den rasanten Bedeutungsverlust des Katholizismus im Baskenland ausklingen ließen.

Feministischer Streik

An diesem letzten Tag treffen wir uns noch mit 4 Frauen, die an der Organisation des diesjährigen Frauenstreiks in Donostia/San Sebastian beteiligt waren in einem sozialen Zentrum. Sie sind Mitglied in feministischen Gruppen. Ihre Vorgehensweise war ähnlich wie bei den sozialen Projekten, die wir in den Tagen zuvor kennengelernt haben. Man begann in den Stadtvierteln mit der Arbeit, versuchte Frauen aus unterschiedlichen Milieus einzubinden, diskutierte und beschloss Ziele und Vorgehensweise in Vollversammlungen. In der Folge haben sich landesweit verschiedene Frauenorganisationen, Gewerkschaften und Parteien dieser Bewegung angeschlossen. Die Hauptforderungen richteten sich gegen häusliche Gewalt, gegen Diskriminierung und für Gleichstellung und Gleichberechtigung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Allein in Donosti/San Sebastian waren 80 000 Menschen (überwiegend, aber nicht nur Frauen) auf der Straße. In kaum einer anderen Region Spaniens war die Resonanz so groß wie im Baskenland. Unseren Gesprächspartnerinnen war es wichtig, dass dieser Streik sich auch gegen die Versuche der rechten Parteien richtet, erkämpfte Frauenrechte abzubauen. Die Frauen wollten uns abschließend auch das Frauenzentrum der Stadt zeigen, eine Einrichtung, die unterschiedliche Angebote für Frauen macht, z.B. Fortbildung, Rechtsberatung, Sexualaufklärung usw. Als wir dort ankamen, mussten die Männer in unserer Gruppe akzeptieren, dass sie draußen bleiben müssen, weil sich zu dieser Zeit im Haus Frauen trafen, die Opfer männlicher Gewalt geworden sind. Wir Frauen gingen gemeinsam in das Frauenzentrum, ließen uns weiter informieren und redeten miteinander. Da unser Übersetzer Raul Zelik nicht mit hineinkonnte, verständigten wir uns auf Spanisch, Englisch, mit Mimik und Gestik. Auch das eine gute Erfahrung!!! Mujeres unidas!

Solidarischer und kulinarischer Abschlussabend

Zurück in Zarautz erlebten wir an diesem letzten Abend unserer Reise eine ganz besondere und ungewöhnliche Überraschung. Ein Chor, der gerade seine Probe beendet hatte, gab für uns in der Abenddämmerung im Musikpavillon

des Musica Plaza ganz spontan ein kleines Konzert mit baskischen Volksliedern und Kampfliedern der internationalen Arbeiterbewegung.

Gekrönt wurde dieser Abschlussabend gemeinsam mit baskischen Aktivist*innen durch ein Menu, das baskische Männer in der Tradition der Kochclubs für uns zelebriert, d.h. auch zubereitet haben. Ein langer Abend: Politik und Kochkunst vereint!

Jetzt, zum Schluss der Reise, können wir diese für uns ganz erstaunliche Mischung von linker Politik und traditioneller Kultur, die sich im Baskenland herausgebildet hat, besser verstehen und würdigen.